

Kommunaler Hochschul- und Studierendenbeirat der Landeshauptstadt Erfurt

Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Kai Brodersen - Universität Erfurt

Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Erfurt
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Bereich Sektorale Stadtentwicklung



Kontakt:
stadtentwicklung@erfurt.de
0361 655-2321

Protokoll

der 3. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)

Datum: 10.01.2012
Ort: Rathaus, Fischmarkt 1, Raum 243
Zeit: 16:30 - 17:55 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung der Tagesordnung
Als Punkt 6 (Neu) der Tagesordnung wurde aufgenommen: "Rassistische Übergriffe in den Erfurter Hochschulen und in der Stadt Erfurt"
Top "Sonstiges" erhält die Ordnungsnummer 7
3. Bestätigung des Protokolls vom 4.10.2011
4. Information des Vorsitzenden
Information zum aktuellen Stand "Wohnraumsituation für Studierende"
5. Information zum Thema "Einmaliger Studienzuschuss zum Studienbeginn", Gast und
Berichterstatter: Herr Peter Neuhäuser, amt. Leiter des Bürgeramtes Erfurt
6. "Rassistische Übergriffe auf den Campen der Erfurter Hochschulen und in der Stadt Erfurt"
7. Sonstiges

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnete die Beratung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Beirates sowie den Gast, Herrn Peter Neuhäuser.

TOP 2 Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie o. a. aufgezeigt um einen Berichtspunkt erweitert. Diese Änderung wurde einstimmig angenommen.

TOP 3 Bestätigung des Protokolls vom 04.10.2011

Das Protokoll der Sitzung vom 04.10.2011 wurde einstimmig bestätigt.

TOP 4 Informationen des Vorsitzenden

Wohnraumsituation für Studierende

Übereinstimmend wurde durch die Vertreter der drei Erfurter Hochschulen wiederholt bemerkt, dass derzeit keine akuten Probleme bei der Versorgung der Studierenden mit Wohnraum bestünden. Dr. Schmidt-Röh bestätigt die Aussagen seitens des Studentenwerkes.

Er schlägt im Blick auf die nächste Studierendenkohorte vor, dass auf Initiative des KHSBR eine koordinierte Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften angestrebt werden sollte. Dazu sollte seitens des KHSBR eine Gesprächsrunde mit den Wohnungsgesellschaften angeregt werden. Auch sollten dazu die Info-Tage an den Hochschulen besser genutzt werden. Er verweist auch auf das (bis jetzt nur für Jena) funktionierende Online-Verfahren, mit dem Informationen zur Wohnraumversorgung besser dargestellt werden könnten, auch für private Wohnraumanbieter, und hält eine Übertragung auf Erfurt durch das Studentenwerk Thüringen für machbar.

Die Frage von Prof. Thumfart, ob es bei den Wohnbaugesellschaften oder darüber hinaus spezielle Wohnformen für Studierende gäbe, wurde verneint. Es gibt von 1-R-WE bis zur WG alle Formen, auch im privaten Sektor.

Frau Hennig verwies darauf, dass das Thema "Studentischer Wohnraum" Thema im Thüringer Landtag war und stellte daraus zwei Fragen:

- 1) Muss noch studentischer Wohnraum gebaut werden?
- 2) Wird sich der in Jena zu verzeichnende Druck auf Erfurt ausweiten, wird Erfurter Wohnraum (studentischer Wohnraum) teurer?

Herr Dr. Schmidt-Röh antwortet folgendermaßen:

zu 1) Ja, es wird noch Wohnraum gebraucht. Erstens sieht der Hochschulpakt vor, die Studienanfängerzahlen auf der Basis des Jahres 2005 konstant zu halten. Da Thüringer Bewerber durch die demografische Entwicklung weniger werden, müssen diese aus weiter entfernten Bundesländern und international rekrutiert werden. Dazu wird mehr Wohnraum gebraucht.

Zweitens sollen trotz einer gewünschten Internationalisierung mit dem Ziel einer besseren Integration keine Konzentration (über 30%) einzelner Nationalitäten in den Wohnheimen stattfinden. Dafür freilich sei ein Neubau bzw. Neugewinnung von Wohnraum notwendig.

zu 2) Schwerpunkt bleibt Jena, es wird kein wesentlicher Einfluss auf die Erfurter Wohnraumsituation erwartet.

Bezug nehmend auf seine Berichterstattung über das Wohnraum-Monitoring zur zweiten Sitzung des KHSBR bat Herr Dr. Schmidt-Röh, bei der zu planenden Beratung der Leiter der beiden staatlichen Hochschulen mit den WBG's einbezogen zu werden. Für die Adam-Ries-Fachhochschule stellt sich die Frage nach Wohnraum nicht in dem Maße wie bei den staatlichen Hochschulen. Prof. Kill verwies aber darauf, dass es notwendig wäre, besser auf nachrückende Studierende zu reagieren und auch jene mit Wohnraum zu versorgen, die erst kurzfristig ihre Studienplatzzusage für Erfurt erhalten.

Abschließend verwies Frau Hennig darauf, dass die Stadt Erfurt die Erstellung einer Wohnraumbedarfsanalyse in Auftrag geben wird. Dazu sollten auch studentische Interessen integriert werden. Frau Hoyer vom Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung habe dieses Anliegen unterstützt und darauf verwiesen, dass derzeit die Vergabemodalitäten zur Beauftragung eines Externen für die Analyse liefen.

TOP 5. Information zum Thema "Einmaliger Studienzuschuss zum Studienbeginn"

Gast und Berichterstatter: Herr Peter Neuhäuser, amt. Leiter des Bürgeramtes Erfurt

Herr Neuhäuser stellte dar, dass das Begrüßungsgeld (vormals Semesterzuschuss) eine freiwillige Leistung der Stadt mit dem Ziel gewesen sei, die Bevölkerungszahl stabil zu halten bzw. zu erhöhen. Aus fiskalischen Gründen wurde der regelmäßige Semesterbeitrag in ein einmaliges Begrüßungsgeld umgewandelt (2010). Im Folgejahr 2011 ist danach entsprechend der neuen Bestimmungen die Auszahlung reibungslos verlaufen.

Im Jahr 2011 erfolgte dann eine erneute Prüfung freiwilliger Leistungen mit dem Ergebnis, dass auch das Begrüßungsgeld völlig aufgehoben wird. Für 2012 besteht somit für die Auszahlung keine Rechtsgrundlage mehr. Herr Neuhäuser bat die Hochschulen, diese Informationen an die Erststudierenden weiter zu geben, um unnötige Antragstellungen, die später ohnehin abgelehnt werden müssen, zu vermeiden.

Der Einwurf von Prof. Thumfart, dass 100 EUR nicht ausschlaggebend sein könnten und man das Begrüßungsgeld mit dem Ziel, Studierende nach Erfurt zu holen, wieder einführen könnte, wurde von Herr Dr. Poppenhäger unter Verweis auf die Millionenverschuldung der Stadt Erfurt dahingehend erwidert, dass die Entscheidung keinem Stadtratsmitglied leicht gefallen wäre. Diese Aussage wurde später durch Frau Hennig unterstützt.

Mit dem Hinweis von Herrn Neuhäuser darauf, dass die Stadt Erfurt im Jahr 2011 den seit Jahren höchsten Zuwanderungsgewinn verzeichnen konnte, müssten noch andere Faktoren und Gründe als das Begrüßungsgeld für den Zuzug vorhanden sein.

Es wurde die Bitte in Richtung der Hochschulen geäußert, in Erfahrung zu bringen, was Erfurt für Studierende interessant macht.

TOP 6 Rassistische Übergriffe

Die anwesenden Mitglieder des KHSBR führten einstimmig aus, dass das Aufrufen dieses Themas sehr wichtig sei. Heute wird bundesweit auf Aktionen rassistischer Akteure verwiesen, die das Image einer Stadt oder einer Region negativ beeinflussen.

Es folgte eine rege Diskussion fast aller Anwesenden. Aus der Diskussion sind folgende Schwerpunkte bzw. Aspekte nennenswert, aus denen Maßnahmen abgeleitet werden können:

- an der Universität bildet sich eine studentische Hochschulgruppe, die eigenständig Maßnahmen gegen rassistische Übergriffe initiieren möchte.

Hinweis: Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland, aber auch aufgrund persönlicher Erfahrungen von Studierenden haben der Studierendenrat und die Hochschulleitung der Universität Erfurt zu Beginn des neuen Jahres einen „Offenen Brief“ verfasst (siehe www.uni-erfurt.de/uni/aktuelles/nein-zu-diskriminierung-und-menschenverachtung-ja-zu-einem-friedlichen-miteinander/), mit dem sich die Hochschule öffentlich gegen jegliche Art von Diskriminierung und Rechtsextremismus positioniert.

- Studierende trauen sich heute mehr als vor 2 Jahren, über Übergriffe zu berichten.

- Übergriffe gibt es nicht nur auf dem Campus, sondern vor allem in der Stadt.

- Es gibt bereits eine Reihe von Aktionen und Aktivitäten gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit in der Stadt, in der verschiedenste Gremien involviert sind.

- Es müssen, da Studierende Kohorten bilden, immer wieder Themen neu angestoßen werden.

- Prof. Brodersen regt bzw. fragt eine Kooperation mit der Stadtverwaltung an.
(Anmerkung: Im Vorfeld der Beratung vom 10.01.2012 wurde Kontakt zur Ausländerbeauftragten der Stadtverwaltung, Frau Tuche, gesucht; diese ist gern bereit, mit den Mitgliedern des KHSBR ins Gespräch zu kommen.)
- Zusammenarbeit mit der Polizei, auch wenn Verständigungsprobleme (gerade in Stress-Situationen) auftreten (als Konsequenz daraus wird der fremdenfeindlicher Hintergrund oft nicht erkannt)
- In Studentenwohnheimen gibt es Strukturen, Ansprechpartner, die helfen können.

Konkret wird angeregt:

- Einrichtung einer „Hotline“ z.B. in der Engelsburg (Cafe International)
- Analog zu "Notinsel für Kinder" Einrichtung von Notinseln für Belästigte oder sonst Übergriffen Ausgesetzte in Geschäften, Gaststätten etc. mit für diese Aufgabe geschultem Personal.

Aus der Diskussion heraus schlug Frau Hennig vor, eine extra Runde zu diesem Thema aufzurufen, zu der Herr Brodersen auch gern Vertreter/innen des gewählten Studierendenrats und der „Antirassistischen Hochschulgruppe“ einladen würde. Frau Hoyer verwies auf den vor Jahren gebildeten Bürgertisch Demokratie, auch um zu prüfen, welche Instrumente vorhanden sind und wie effektiv sie funktionieren. Sie orientierte auch auf die Verantwortlichkeit des Dezernates 5 zu dieser Problematik.

Abschließend verwies Prof. Brodersen auch darauf, dass beide staatlichen Hochschulen Multiplikatoren ausbilden und das recherchiert werden muss, wie das wichtige Thema an den Hochschulen noch besser sichtbar gemacht und in der Lehre verankert werden könne.

TOP 7 Sonstiges

7.1 Durch den StuRa der Fachhochschule Erfurt wurden die beiden noch zu benennenden Stellvertreter (vergl. Satzung des KHSBR § 3 Abs. 1 Punkt 1) namentlich benannt.
Es sind:

Frau Angelika Otto
Herr Marcus Hebestreit

Beide Stellvertreter werden in das Organigramm der Mitgliederstruktur aufgenommen.

7.2 **Termin der nächsten Sitzung: Dienstag, 08.05.2012, 16:30 Uhr, Raum 243.**

7.3 **Mögliche Themen:**

- Wohnraumsituation für Studierende, Bericht über die Beratung mit den Erfurter Wohnungsunternehmen
- Vorgehen gegen Übergriffe seitens der Hochschulen und der Stadt Erfurt
- Brain-Storming: Wie können Erfurter Studierende in der Stadt gehalten werden. Eine Teilnahme eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung bzw. anderer Institutionen wird geprüft.

Erfurt, 30.01.2012

gez. Prof. Dr. Kai Brodersen
Vorsitzender

gez. Peter Seyfarth
Geschäftsstelle

Anlagen
Anwesenheitsliste